Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil II

bpb:
Bundeszentrale für politische Bildung

15 Lebensbedingungen im regionalen Vergleich

Ökonomische und demographische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschaftsstärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen geraten bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen an die Tragfähigkeitsgrenzen, und grundlegende Dienstleistungen sind kaum noch aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Auf EU-Ebene und auf Bundesebene wurde bislang mit enormen Ausgleichszahlungen und Förderungen schrittweise eine wirtschaftliche und soziale Annäherung von Staaten und Regionen erreicht. Die auf »Gleichwertigkeit« ausgelegten Mechanismen der Regulierung auf der Nationalstaatenebene und auf europäischer Ebene können Disparitäten jedoch nur in bedingtem Maße und zunehmend schlechter ausgleichen. Unter dem Motto »Stärken stärken« werden zukünftig Fördermittel vorrangig in Metropolregionen gelenkt. Diese Regionen sollen mit ihrer Kraft auch die weniger starken ankurbeln und zu weiterer Entwicklung befähigen. In der raumordnerischen Diskussion steht infolgedessen das verfassungsmäßig verankerte Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen in Frage, und Mindeststandards einer ausreichenden Daseinsvorsorge werden in den Mittelpunkt gerückt.

Regionen versuchen sich unter den veränderten Rahmenbedingungen neu aufzustellen, endogene Potentiale zu ermitteln, diese gezielt zu fördern und eine zukunftsfähige Entwicklung anzustoßen. Die Akteure aus der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik orientieren sich an einer Stärkung regionaler Cluster, der Koppelung von Forschung, Existenzgründung und Verwertungsketten oder Regionalmarketing. Vorhandenes Humanvermögen, Infrastruktur und politische Akteure beeinflussen maßgeblich die regionalen Entwicklungen. Für die Sicherung von Lebensstandard und Lebensqualität spielen Regionen als Dimension sozialer Ungleichheit damit eine zunehmende Rolle.

Regionen werden unterschiedlich definiert. Sie beziehen sich in verwaltungspolitischer Hinsicht auf eine mittlere Ebene zwischen der Gemeinde und dem Staat, das heißt auf Länder, Bezirke und Kreise. Zugleich wird mit Region ein Verflechtungsraum bezeichnet, der wirtschaftlich, geographisch und kulturell bestimmt ist. Bislang liegen nur für verwaltungsmäßig abgegrenzte Raumeinheiten ausreichend statistische Informationen zu Lebensbedingungen und Lebensqualität vor.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ermittelt über Verwaltungsgrenzen hinausgehende Typen: Zentral-, Zwischen- und Peripherieraum. Daneben wird zwischen den siedlungsstrukturellen Typen Agglomeration, verstädterter und

ländlicher Raum unterschieden, die in einem zweiten Schritt tiefer gegliedert werden: Agglomerationen werden unterteilt in Kernstädte, hochverdichtete Kreise, verdichtete Kreise und ländliche Kreise, die durchaus in großer Nähe zu Agglomerationen existieren (z. B. rund um Berlin oder auch Braunschweig). Die verstädterten Räume werden unterteilt in Kernstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, verdichtete Kreise und ländliche Kreise. Im ländlichen Raum gibt es Kreise höherer (zwischen 100 und 150 Einwohner/km^2) und geringerer Dichte (unter 100 Einwohner/km^2).

Um die Lebensqualität in den Regionen zu ermitteln, werden im Folgenden Bevölkerung- und Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft, Haushaltseinkommen und Wohnen ausgewiesen. Ein Ziel der empirisch orientierten Bestandsaufnahme regionaler Disparitäten besteht darin zu überprüfen, inwieweit sich die Lebensbedingungen in den Regionen West- und Ostdeutschlands voneinander unterscheiden und in welcher Hinsicht problematische Situationen erkennbar werden.

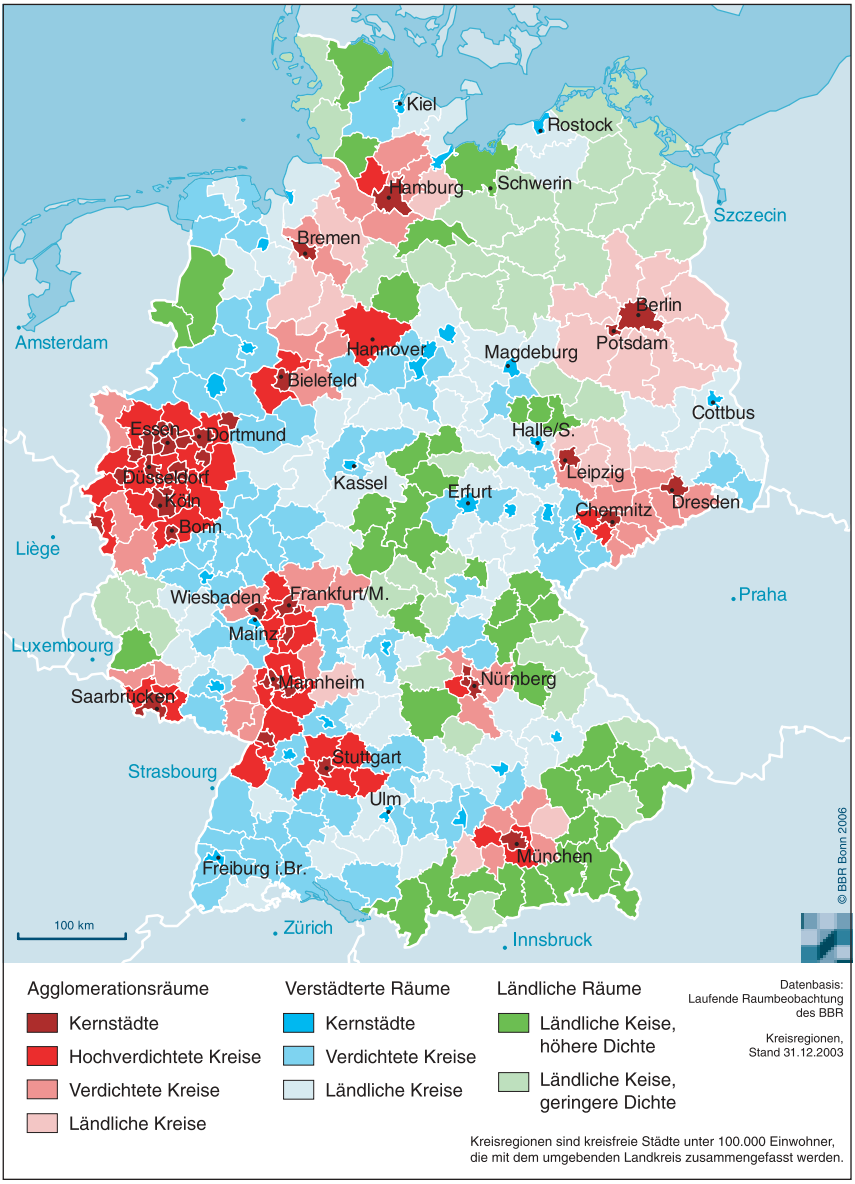
15.1 Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur

In Deutschland wohnt die Bevölkerung auf unterschiedlich dicht besiedeltem Gebiet (vgl. Abb. 1). Der ostdeutsche Norden und Teile Niedersachsens weisen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 Einwohner/km^2 auf (Kreise Müritz, Mecklenburg-Strelitz, Lüchow-Dannenberg, Altmarkkreis, Prignitz, Salzwedel, Ostprignitz-Ruppin, Demmin, Parchim, Uckermark und Uecker-Randow). Am dichtesten besiedelt sind die Städte Berlin, München und Herne mit mehr als 3 000 Einwohner/km^2.

Eine dünne Besiedlung ist neben einem durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Siedlungs- und Landschaftsraum der verbliebene Indikator für ländliche Regionen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist dabei sehr gering (1,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) und betrifft auch in den am dünnsten besiedelten Gebieten lediglich jeden zehnten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ostdeutsche Länder haben mit Ausnahme von Sachsen einen vergleichsweisen hohen Anteil an ländlichen Regionen (vgl. Abb. 1). In westdeutschen Bundesländern weisen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen beachtenswerten Anteil ländlicher Gebiete auf.

Die Erreichbarkeit ländlicher Räume in Deutschland ist im EU-Vergleich kein drängendes Problem, im innerdeutschen Maßstab zeigt sich jedoch, dass überdurchschnittliche Distanzen zum nächsten Oberzentrum oder zur nächsten Autobahn teilweise wirtschaftliche Ansiedlungen, Absatzmärkte und Zugangschancen der Bevölkerung zu Infrastrukturen behindern. Die periphere Lage eines Kreises wird an der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum gemessen. In ländlichen Räumen hat der Pkw eine höhere Bedeutung, um die Einrichtungen von Oberzentren (zum Beispiel Theater, Museen, Fachkliniken, Hochschulen oder Regionalbehörden) zu erreichen als in dichter besiedelten Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr ausgebaut ist und zudem kurze Taktzeiten aufweist.

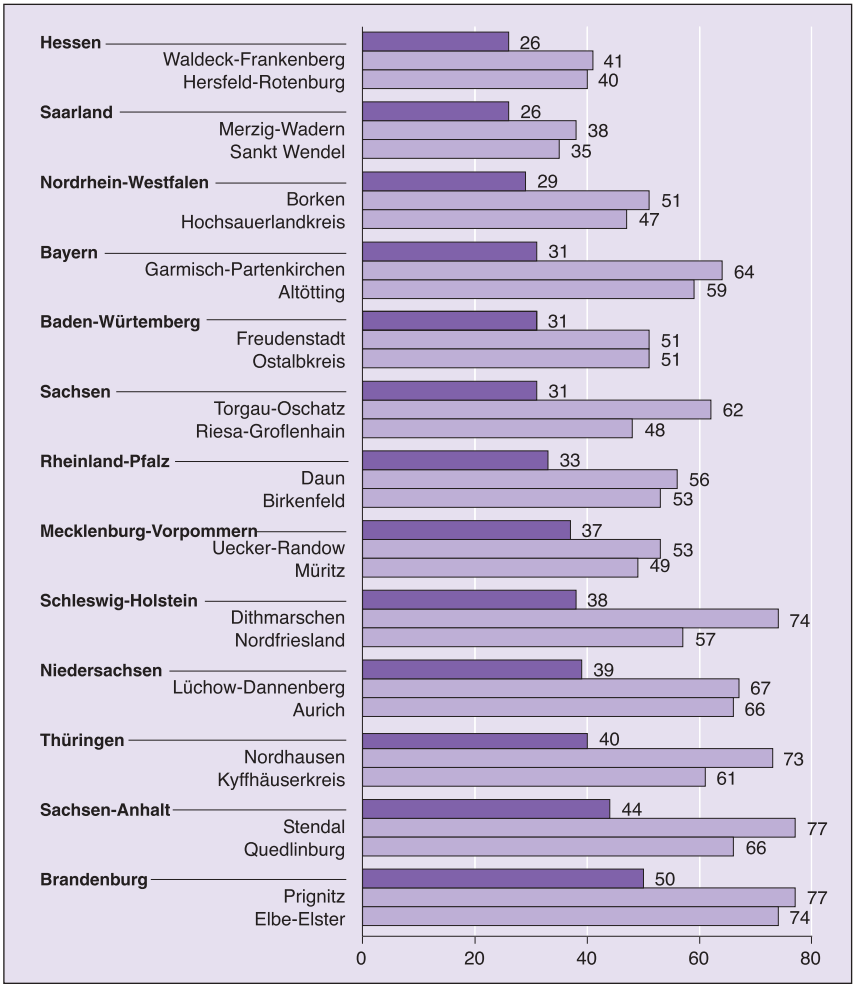
Abb. 1: Siedlungsstrukturelle Kreistypen



Datenbasis: INKAR 2005.

In Abbildung 2 sind in jedem Bundesland die Kreise mit den längsten Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum aufgeführt. Dünne Besiedlung und landschaftliche Besonderheiten (Mittelgebirge, Alpen) erhöhen die Fahrzeiten. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist die Distanz zu einem Oberzentrum im Mittel höher als in ländlichen Kreisen Westdeutschlands. Die Länder sind in der durchschnittlichen Fahrzeit von einem Kreis

Abb. 2: Durchschnittliche Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum in Minuten nach Kreisen mit höchsten Werten und Bundesländern



Datenbasis: INKAR 2005.

zum nächsten Oberzentrum angeordnet. Die Flächenländer Hessen und Bayern weisen mit ihren Agglomerationen eine gute Erreichbarkeit auf, während Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Mittel lange Fahrzeiten haben. In den Kreisen Prignitz, Stendal, Dithmarschen, Elbe-Elster und Nordhausen werden etwa 1 1/4 Stunde zum Oberzentrum benötigt.

Trotz neuer Kommunikationsmittel (Internet, Funk) und verbesserter technischer Infrastruktur sind entlegene Kreise vor allem in Norddeutschland und Teilen Ostdeutschlands nur aufwändig zu erreichen. Die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2003 (BIP; vgl. auch Teil I, Kap. 12) ist in 20 der 26 genannten Kreise niedriger als im jeweiligen Landesdurchschnitt. In den vier Bundesländern mit guter Erreichbarkeit liegt auch das BIP der vergleichsweise entfernten Kreise nicht unter dem Durchschnitt (33,6 Tsd. €/Einw. in Altötting). Ein wachsendes Problem ist der Ärztemangel, da in ländlichen Kreisen geringerer Dichte etwa 780 Einwohner pro Arzt versorgt werden müssen. Die Einwohnerdichte beträgt dabei in Ostdeutschland nur 58 Personen/km^2 (83 in Westdeutschland), und die Anzahl der Allgemeinärzte sank von 1995–2003 stärker als in anderen Regionen (–9 % Ost, –1 % West).

15.2 Bevölkerungsentwicklung

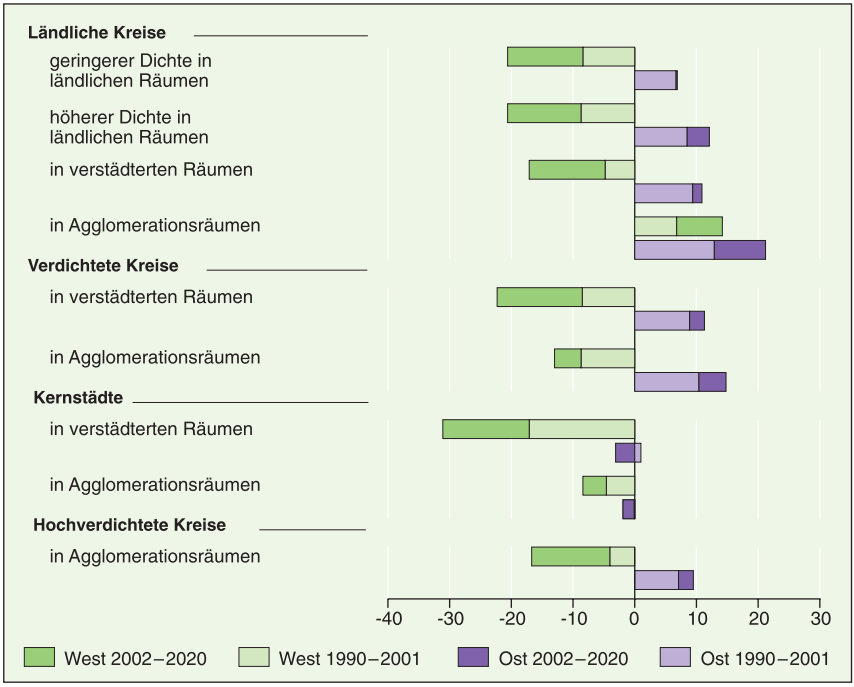
Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den verschiedenen regionalen Typen im letzten Jahrzehnt unterschiedlich. In Ostdeutschland ist durch die geringe Geburtenrate (vgl. Teil I, Kap. 1.5) und die fortwährende Ost-West-Wanderung ein Bevölkerungsverlust in nur acht Jahren (1995–2003) von durchschnittlich 4,3 % zu konstatieren, der alle Kreistypen betrifft, mit Ausnahme der ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen. Diese Kreise liegen rund um Berlin, im Norden Leipzigs und in der Nähe Hamburgs und profitieren von der Suburbanisierung dieser Städte.

Die Schrumpfung betrifft vor allem die Kernstädte in verstädterten Räumen; beispielsweise in den Jahren 1995–2003: Cottbus –18 %, Halle –15 %, Gera –14 %, Magdeburg –12 % und Zwickau –10 %. Bevölkerungsverluste verzeichnen auch die ohnehin sehr dünn besiedelten ländlichen Räume im Norden sowie im Westen Thüringens und entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt. Die verdichteten Kreise in verstädterten Räumen weisen mit –6,7 % ebenfalls einen hohen Bevölkerungsverlust auf. Dies gilt insbesondere für Thüringen, Sachsen-Anhalt und das östliche Sachsen (Altenburger Land, Vogtland Kreis, Greiz, Weimarer Land, Gotha, Weißenfels, Eisleben, Quedlinburg, Kamenz, Bautzen oder Löbau-Zittau).

In Westdeutschland ist großteils eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Hier wachsen die ländlichen Kreise sowohl in Agglomerationsnähe als auch in peripheren Lagen und auch die (hoch-)verdichteten Kreise gewinnen Bevölkerung hinzu. Einzig die Kernstädte sind wegen der Suburbanisierungsprozesse nicht gewachsen. In Abbildung 3 ist die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2001 und weiterführend als Prognose von 2002 bis 2020 dargestellt.

Die demographischen Prozesse, die sich bis 2020 zuverlässig berechnen lassen, bewirken eine dynamische Fortsetzung der Trends und damit eine sich beschleunigende Auseinanderentwicklung von West- und Ostdeutschland. Die Prognosen für die verschiedenen Arten ländlicher Räume in Ostdeutschland gehen von einem weiteren Bevölkerungsverlust von 12 % aus, mit Ausnahme der agglomerationsnahen ländlichen Kreise um Berlin und Leipzig, die auch weiterhin wachsen werden (um 7,4 %). Zudem müssen auch die Kernstädte verstädterter Regionen mit einem deutlichen

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung in west- und ostdeutschen Kreistypen 1990–2001 und 2002 bis 2020 (Prognose)



Datenbasis: BBR: INKAR 2003 und 2005.

Rückgang der Einwohnerzahl rechnen. Setzt sich dieser Trend fort, verlieren sie pro Jahr ein Prozent, das heißt von 1990 bis 2020 knapp ein Drittel ihrer Bevölkerung. Anpassungsleistungen an technischer Infrastruktur, öffentlichen Diensten, sozialer und kultureller Infrastruktur sind erforderlich und müssen auch bei sinkenden Einnahmen bewältigt werden. Die Auswirkungen beispielsweise auf den Immobilienmarkt mit erheblichen Leerständen sind tiefgreifend. Die Attraktivität schrumpfender Städte und Regionen wird weiter leiden, sodass es schwierig sein wird, junge Men-

schen langfristig zu binden. Auch lassen sich Migranten in wirtschaftsstarken städtischen Regionen Westdeutschlands nieder, sodass keine Entlastung ostdeutscher schrumpfender Räume durch Zuwanderer und durch deren höhere Geburtenraten zu erwarten ist.

Vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wird vorhergesagt, dass die Altersgruppe der Personen zwischen 16 und 26 Jahren wegen des Geburtenrückgangs Anfang der 90er-Jahre und der Wanderungsverluste in allen ostdeutschen Kreistypen nur noch etwa halb so groß sein wird wie im Jahr 2002; Ausnahmen sind Kernstädte und ländliche Kreise in Agglomerationen, in denen diese Altersgruppe lediglich um etwa 30 % abnehmen wird. Diese Altersgruppe gilt als Innovations- und Hoffnungsträger, da sie sich in der Ausbildung befindet und neu erworbenes Humanvermögen bereithält. Als zukünftige Familiengründer und Konsumenten werden sie von den Kommunen umworben, in Ostdeutschland wird der entsprechende Anteil jedoch erheblich niedriger sein.

Auch in Westdeutschland setzen sich die Trends der letzten Jahre fort, die Veränderungen werden sich jedoch eher langsamer vollziehen. Von deutlicher Schrumpfung sind Städte des Ruhrgebiets und der Nordosten des Saarlandes betroffen, die beide einen ökonomischen Strukturwandel vor allem im Bereich der Montanindustrie durchlaufen. In der peripheren Westpfalz brach die Schuhindustrie weg und amerikanische Streitkräfte zogen ab, sodass auch hier mit weiteren Bevölkerungsverlusten von etwa 10 % zu rechnen ist. Des Weiteren sind die Regionen entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze, bei denen seit 1990 Subventionen und damit Arbeitsplätze entfielen, von Schrumpfung betroffen.

Die Prognosen gehen insgesamt von einem weiteren Bevölkerungszuwachs vor allem in Agglomerationsnähe aus. Die Anzahl schrumpfender Gemeinden und Kreise, in denen jedoch ein geringerer Bevölkerungsanteil wohnt, wird dabei in beiden Landesteilen zunehmen. Die Siedlungsstruktur wird sich weiter auseinander entwickeln.

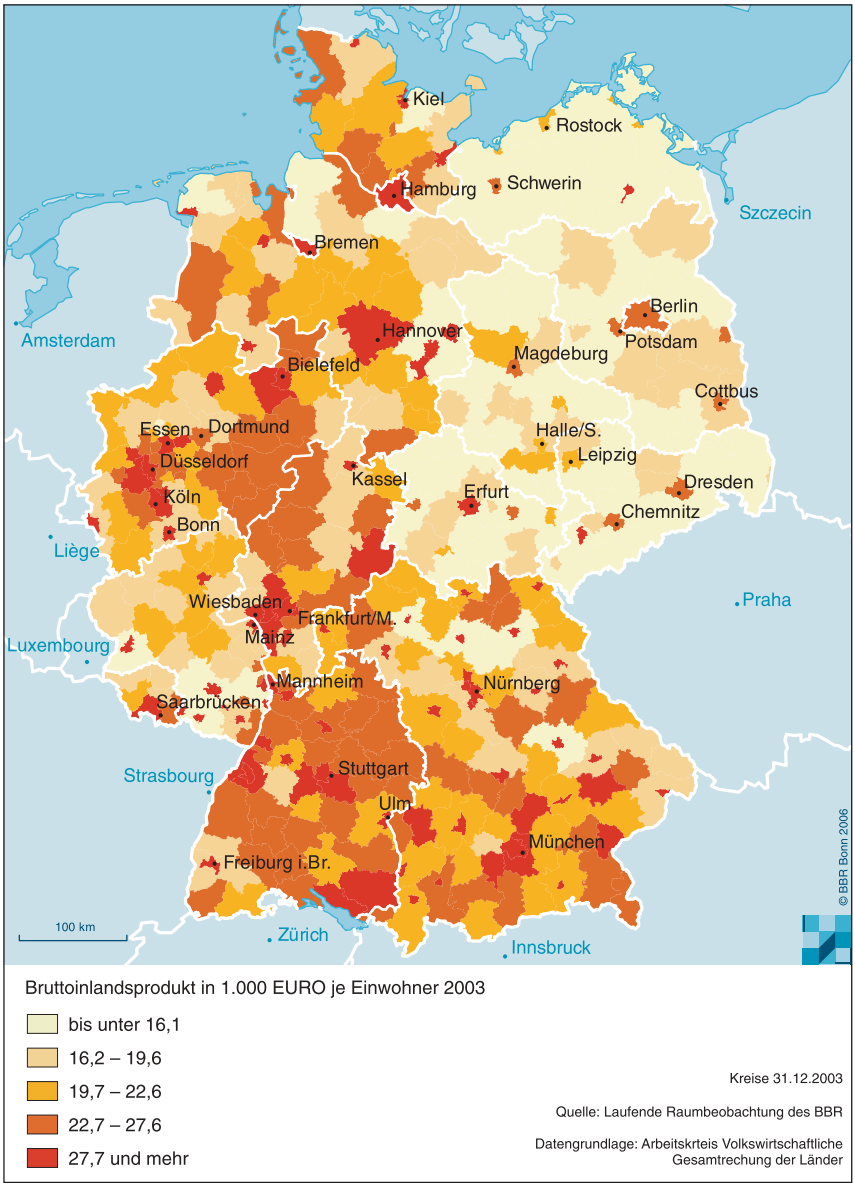
15.3 Wirtschaftskraft und Beschäftigung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit geben Auskunft über die Wirtschaftskraft und bilden damit auch einen Indikator für die Lebensqualität einer Region.

Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der ökonomische Rückstand mit erforderlichen Anpassungsleistungen drücken sich nach wie vor auch in einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt aus (BIP: 27,7 Tsd. €/Einw. in Westdeutschland und 18,6 Tsd. €/Einw. in Ostdeutschland im Jahr 2003). In Abbildung 4 ist das BIP für die Kreise dargestellt.

Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sind die Länder mit dem höchsten Wohlstand, gemessen am BIP, in kleinräumiger Betrachtung weisen die westdeutschen

Abb. 4: Bruttoinlandsprodukt 2003



Datenbasis: INKAR 2005.

Kernstädte München (77,9 Tsd. €/Einw.), Frankfurt am Main (72,7 Tsd. €/Einw.), Wolfsburg (68,8 Tsd. €/Einw.) und Düsseldorf (63,9 Tsd. €/Einw.) das höchste BIP auf. Die wirtschaftsschwächsten Landkreise sind die Südwestpfalz (11,3 Tsd. €/Einw.), Nordwestmecklenburg (11,8 Tsd. €/Einw.), Zwickauer Land (11,8 Tsd. €/Einw.) und Nordvorpommern (11,9 Tsd. €/Einw.).

Folgende Indikatoren geben Auskunft über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Beschäftigtenstruktur: die Beschäftigtenquote (Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter), weibliche Beschäftigte, Arbeitslosigkeit (Anteil Arbeitsloser an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter) und der Anteil hoch qualifiziert Beschäftigter (Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit höherer Fachschul- oder Hochschulausbildung an SV-Beschäftigten). Im Unterschied zur Erwerbsquote, die geringfügig Beschäftigte, Beamte, Selbständige und Arbeitslose einschließt, werden hier die Werte für Beschäftigung herangezogen, weil sie direkter auf das Arbeitsplatzangebot im betrachteten Gebiet abzielen. Auf dieser Basis werden intraregionale Differenzen deutlich.

In den Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in den Ländern mit niedrigem, das heißt in Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen und im Norden etwas höher als im Süden. Während in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenquoten unter 8 % liegen, betragen sie in den ostdeutschen Ländern um die 20 %. In Sachsen-Anhalt liegt die Rate mit 22,4 % am höchsten.

In allen ostdeutschen Ländern und in Berlin ist von 1995 bis 2003 die Beschäftigtenquote um mehr als 15 Prozentpunkte gefallen, während sie in Bayern und Baden-Württemberg leicht gestiegen ist (1,9 bzw. 1,3 %). Die westdeutschen Länder weisen jeweils ein breites Spektrum an Kreisen mit Beschäftigtenzu- und -abnahme auf, es zeigt sich ein kleinräumiges Muster. In Niedersachsen sind beispielsweise Wolfsburg, Cloppenburg und Vechta-Kreis mit einem Beschäftigungszuwachs (24 %, 13 % und 18 %), während Goslar, Osterode und Holzminden einen Rückgang verzeichnen (−16 %, −14 % und −12 %). In Nordrhein-Westfalen sind vor allem Ruhrgebietsstädte negativ betroffen (Remscheid −16 %, Gelsenkirchen −16 %, Recklinghausen −15 %), während Münster und Paderborn zusätzliche Arbeitsplätze zählen (jeweils 10 %).

In Ostdeutschland zeigt sich ein ganz anderes Bild als in Westdeutschland, da insgesamt nur zwei Kreise ohne Beschäftigungsabbau existieren: Bad Doberan nahe der Ostsee (1,3 %) und Potsdam-Mittelmark in der Nähe Berlins (0,2 %). Der Beschäftigungsabbau ist teilweise dramatisch. Im Berichtszeitraum von 1995–2003 haben insgesamt 27 Kreise mehr als jeden vierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verloren, einige liegen bei −40 % (Bitterfeld −41 %, Hoyerswerda −39 %, Oberspreewald −40 %).

Im Hinblick auf die Beschäftigtenquoten zeigt sich, dass in Westdeutschland Kernstädte mit deutlichem Abstand vor den anderen Kreistypen liegen (vgl. Tab. 1). Die niedrigsten Werte mit unter 40 % weisen ländliche und verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen auf. In Ostdeutschland ist die Beschäftigtenquote ebenfalls in Kern-

städten in verstädterten Räumen am höchsten (60,3 %). Die übrigen Regionstypen liegen etwa 20 Prozentpunkte niedriger. Die Quote für Frauen schwankt in Westdeutschland nicht stark nach Kreistypen und liegt zwischen 42 und 46 %. In Ostdeutschland ist Frauenerwerbstätigkeit noch weiter verbreitet als im Westen, sodass hier die Werte höher liegen (zwischen 53 in Kernstädten und 47 % in ländlichen Kreisen verstädterter Räume).

Tab. 1: Entwicklung der Beschäftigtenquoten in den Bundesländern, 1995–2003

Bundesland	Durchschnitt	Kreise mit niedrigsten Werten		Kreise mit höchsten Werten	
	in %				
Bayern	1,9	Hof	– 19,1	Freising	26,6
		Wunsiedel im Fichtelgeb.	– 18,9	München	21,9
Baden-Württemberg	1,3	Pforzheim	– 14	Heilbronn.	14,5
		Zollernalbkreis	– 10,1	Böblingen	10,3
Hessen	0,5	Werra-Meißner-Kreis	– 15,3	Main-Taunus-Kreis	15,5
		Vogelsbergkreis	– 10,3	Hochtaunuskreis	7,7
Saarland	0,5	Saarbrücken	– 3,2	Sankt Wendel	5,7
		Neunkirchen	– 2,9	Saarlouis	5,4
Rheinland-Pfalz	0	Pirmasens	– 12	Alzey-Worms	22,8
		Südwestpfalz	– 11,6	Kaiserslautern	15,9
Hamburg	– 0,6				
Niedersachsen	– 0,9	Goslar	– 15,5	Wolfsburg	23,7
		Osterode am Harz	– 13,5	Vechta	17,9
Nordrhein-Westfalen	– 1,9	Remscheid	– 15,7	Münster	10,2
		Gelsenkirchen	– 15,5	Herne	9,5
Schleswig-Holstein	– 3,1	Neumünster	– 9,9	Stormarn	– 0,2
		Dithmarschen	– 6,7	Schleswig-Flensburg	– 0,6
Bremen	– 4,4	Bremerhaven	– 11,8	Bremen	– 2,9
Berlin	– 15				
Thüringen	– 16,7	Suhl	– 27,8	Wartburgkreis	– 3,7
		Weimar	– 27,4	Jena	– 6,6
Sachsen	– 17,3	Hoyerswerda	– 39,4	Kamenz	– 1,1
		Leipziger Land	– 36,5	Zwickau	– 7,7
Mecklenburg-Vorpommern	– 18,5	Mecklenburg-Strelitz	– 30,8	Bad Doberan	1,3
		Uecker-Randow	– 30,2	Rügen	– 6,1
Brandenburg	– 19,6	Oberspreewald	– 40,3	Potsdam-Mittelmark	0,2
		Elbe-Elster	– 28,6	Teltow-Fläming	– 0,2
Sachsen-Anhalt	– 21,1	Bitterfeld	– 40,7	Ohrekreis	– 0,1
		Köthen	– 30,3	Weißenfels	– 5,5

Datenbasis: Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Eigene Berechnungen.

In den neuen Ländern ist zugleich ein höherer Anteil Beschäftigter mit hoher Schulbildung anzutreffen (11 % im Vergleich zu 9 % im Westen). Erwartungsgemäß sind diese vor allem in Kernstädten angestellt, in ländlichen Kreisen geht ihr Anteil zurück. Ländliche Räume vor allem in Ostdeutschland bieten den Menschen damit vergleichsweise geringere Arbeitsmarktchancen.

Tab. 2: Arbeitsmarktindikatoren im interregionalen Vergleich, 2003

	Beschäftigten-quote		Anteil weiblicher Beschäftigter		Anteil hochqualifizierter Beschäftigter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Agglomerationsräume						
Kernstädte	66	49	44	51	13	15
Hochverdichtete Kreise	44	41	42	47	9	10
Verdichtete Kreise	40	41	45	47	6	10
Verstädterte Räume						
Kernstädte	72	60	46	53	10	14
Verdichtete Kreise	44	41	44	49	6	9
Ländliche Kreise						
in Agglomerationsräumen	37	38	46	48	5	9
in verstädterten Räumen	41	39	44	47	5	8
höherer Dichte in ländlichen Räumen	46	44	45	49	5	9
geringerer Dichte in ländlichen Räumen	44	40	44	50	4	7
Insgesamt	50	44	44	50	9	11

Datenbasis: Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Eigene Berechnungen.

15.4 Lebensstandard

Für den Lebensstandard werden die Indikatoren Haushaltseinkommen, Arbeitnehmerentgelte, die Wohnfläche pro Person und der Anteil an Ein- und Zweifamilienhäuser – als Annäherung an die Eigentümerquote – herangezogen (vgl. Tab. 3). Die Haushaltseinkommen und Arbeitsentgelte liegen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern über denjenigen in den norddeutschen Ländern. Die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) differieren um etwa 400 € zwischen Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (2 570 € und 2 940 €). In Ostdeutschland sind keine länderspezifischen Unterschiede festzustellen, mit Ausnahme des durch die Nähe zu Berlin bedingten höheren Wertes in Brandenburg (2 240 € im Vergleich zu 2 150 € in den übrigen ostdeutschen Ländern ohne Berlin mit 2 720 €). Nach wie vor besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland.

Die Haushaltseinkommen in Deutschland differieren am stärksten zwischen den Speckgürteln in Agglomerationen (1 514 € im Westen und 1 223 € in Ostdeutschland) und dünn besiedelten ländlichen Kreisen (1 281 € bzw. 1 128 €). Angesichts geringerer Lebenshaltungskosten auf dem Land bedeuten die nominellen Unterschiede jedoch keine gleichartige Reduktion der Kaufkraft. Die Arbeitnehmerentgelte unterscheiden sich entsprechend. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland

tritt dabei in den jeweiligen Kreistypen jedoch deutlich stärker hervor als beim Haushaltseinkommen, das auch Transferzahlungen berücksichtigt.

Beim Wohnstandard haben die ostdeutschen Regionen deutlich aufgeholt (vgl. auch Teil II, Kap. 7), wobei die regionsspezifischen Unterschiede nicht sehr ausgeprägt sind (Werte zwischen 35,4 m^2 pro Person und 38,9 m^2). Westdeutsche verfügen über 41 m^2 im Durchschnitt, wobei in Kernstädten der Agglomerationen 37,8 m^2 erreicht werden und 46 m^2 in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Die Gebäudestruktur besteht mehrheitlich in allen Kreistypen in beiden Teilen Deutschlands aus kleinen Häusern, wobei selbstverständlich die Raten für Ein- und Zweifamilienhäusern entsprechend der Siedlungsdichte schwanken.

Tab. 3: Haushaltseinkommen, Arbeitnehmereinkommen und Wohnstandard nach Kreistypen, 2002

	Haushaltseinkommen		Arbeitnehmerentgelte		Wohnfläche pro Person		Ein- und Zweifamilienhäuser[1]	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in Euro				in qm			
Agglomerationsräume								
Kernstädte	1 485	1 214	3 084	2 578	37,8	38,9	62,4	52,3
Hochverdichtete Kreise	1 514	1 223	2 851	1 985	40,4	36,2	83,5	71,8
Verdichtete Kreise	1 477	1 193	2 661	2 067	42,2	35,4	90	76,8
Verstädterte Räume								
Kernstädte	1 405	1 219	2 952	2 292	39,8	38,2	69,8	56,7
Verdichtete Kreise	1 392	1 166	2 670	2 107	42,3	37,3	88,3	79,3
Ländliche Kreise								
in Agglomerationsräumen	1 354	1 244	2 505	2 206	42,6	37,1	92,4	85,8
in verstädterten Räumen	1 324	1 146	2 556	2 128	44,1	37,9	92	84,8
höherer Dichte in ländlichen Räumen	1 318	1 176	2 623	2 181	43,6	37,4	88,5	83,2
geringerer Dichte in ländlichen Räumen	1 281	1 128	2 538	2 110	46,0	37,8	91,9	84,9
Insgesamt	1 429	1 189	2 827	2 291	41,1	37,8	83,7	76,9

1 Werte für 2003.

Datenbasis: INKAR 2005. Eigene Berechnungen.

Der objektive Lebensstandard kommt auch in der Zufriedenheit der Bürger mit seinen Lebensbedingungen zum Ausdruck (vgl. Teil II, Kap. 2). So findet auch das Gefälle in den hier vorgestellten Regionstypen seinen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden. Die Regionen in Deutschland unterscheiden sich deshalb nicht nur hinsichtlich objektiver Aspekte, sie bieten ihren Bürgern damit auch ein unterschiedliches Ausmaß an Lebensqualität.

(Annette Spellerberg)